

Dr. Inge Gräßle MdEP  
Europäisches Parlament  
Altiero Spinelli 15 E 130  
Rue Wiertz B-1047 Brüssel  
Tel.: 0032-2-2847868  
Fax.: 0032-2-2849868

## Pressemitteilung

### **Inge Gräßle (EVP/CDU): "Wer reich ist, dem wird gegeben..." - Rechnungshof offenbart Steuerungsmängel bei EU-Programm für den ländlichen Raum**

Als "Verkehrung des politischen Willens" kommentiert die CDU-Europaabgeordnete und Mitglied im Haushaltskontrollausschuss des Europäischen Parlaments, Inge Gräßle, die Ergebnisse des Prüfberichts des Europäischen Rechnungshof über das Investitionsprogramm für den ländlichen Raum. "Die Mitgliedsstaaten müssen an diesen Programmen sehr ernsthaft arbeiten: Geld bekommt nicht der, der es braucht, sondern der, der weiß, wie man wohlklingende Projektbeschreibungen macht", so Gräßle. Wohlhabende, gut organisierte, verstädterte Regionen hätten aus dem Programm für den ländlichen Raum überdurchschnittlich profitiert. "Wer reich ist, dem wird gegeben, wer arm ist, bleibt arm", fasst Gräßle den 43seitigen Bericht zusammen. Erhebliche Mitnahmeeffekte, fragwürdige Subventionen und fehlende Erfolgskriterien ließen an vielen Maßnahmen zweifeln. Der Hof untersuchte 6 Mitgliedsstaaten (Frankreich, Italien, Niederlande, Spanien, Portugal und Deutschland; hier die Bundesländer Niedersachsen und Brandenburg). 60 Mrd. Euro standen zwischen 2000 und 2006 zur Verfügung. Dort, wo der ländliche Raum bedient wurde, kamen 90% der Mittel der Landwirtschaft zu gute - mit der Konsequenz, dass ein Ausgleich struktureller Unterschiede zwischen Land und Stadt eher verhindert wurde. Auch in diesem Förderbereich seien häufig wirtschaftlich gut gestellte Höfe gestärkt worden, während schwache Höfe oft die Förderkriterien nicht erfüllen konnten.

Gräßle begrüßt den Vorschlag des Rechnungshofs, Fördergebiete in Zukunft klarer zu ermitteln und Mitgliedsstaaten zu verpflichten, ländliche Gebiete in ihren Programmen auszuweisen. Die Defizite bei der Vergabe von Fördermitteln könnten damit, ebenso wie durch die Erarbeitung klarer Strategien zur Beseitigung der Probleme ländlicher Gebiete, vermindert werden. Sie fordert, dass die Ergebnisse des Prüfberichts in die gerade in der Beratung befindlichen Beratungen der Verordnung für den ländlichen Raum und die Haushaltsberatungen 2007 einfließen müßten.

